



ZEIT FÜR DIE INTERNATIONALEN FINANZINSTITUTIONEN, IHRE SPAR- UND STAGNATIONSPOLITIK ZU BEENDEN

**Erklärung von Global Unions¹ anlässlich der
Frühjahrstagungen des IWF und der Weltbank im Jahr 2013
Washington, 19.-21. April 2013**

Einführung

1. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation wird die weltweite Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 auf über 200 Millionen ansteigen. Somit kommen zu dem weltweiten Beschäftigungsdefizit von vor dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 noch weitere 67 Millionen Arbeitslose hinzu. Die jüngsten Korrekturen der Konjunkturprognosen des Internationalen Währungsfonds nach unten zeigen, dass die Situation in Europa besonders akut ist. Hier befinden sich einige Länder bereits das sechste Jahr in Folge in einer Rezession. Diese lang andauernden Rezessionen, die die Arbeitslosigkeit in einigen Volkswirtschaften auf über 25% gehoben haben, sind weitgehend verursacht durch die Sparmaßnahmen. Gleichzeitig versuchen die Länder, die Zielvorgaben zum Abbau ihrer Haushaltsdefizite, die eine Vorbedingung für Finanzhilfen sind, zu erreichen. Ebenfalls gravierend ist die Situation in einigen Ländern der Region Naher Osten-Nordafrika, die mit steigender Arbeitslosigkeit, unzulänglichem Sozialschutz und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Verhandlungen über IWF-Darlehen in der Region konzentrierten sich insbesondere auf die Rolle von staatlichen Subventionen und wie diese modifiziert bzw. ersetzt werden können,

2. Der IWF muss anerkennen, welche politischen Folgen die wiederholten Korrekturen seiner Wachstumsprognosen nach unten haben, die er jeweils damit erklärte, dass falsche fiskalische Multiplikatoren verwendet worden seien. Dieser Politik gelingt es weder in kreditnehmenden noch in anderen Ländern, die wirtschaftliche Rezession bzw. Stagnation zu beenden. Sie führt darüber hinaus auch zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität. Eine stärkere Betonung von beschäftigungsintensivem Wachstum, verbessertem sozialen Schutz und der Achtung von Arbeitnehmerrechten würde die Glaubwürdigkeit ihrer Beratungs- und Kreditprogramme verbessern. Die Festlegung von starren Zielen beim Defizitabbau, insbesondere, wenn diese dadurch erzielt werden, dass die Arbeitnehmer die überwältigende Anpassungslast zu ertragen haben, ist sowohl wirtschaftlich kontraproduktiv als auch politisch nicht tragfähig.

3. Diese Erklärung enthält Empfehlungen, die beiden internationalen Finanzinstituten (IFIs) nahelegen, ihre Politik im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu

¹ Die Global-Unions-Gruppierung setzt sich zusammen aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der 174 Millionen Mitglieder in 156 Ländern hat, den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs), die ihre jeweiligen Branchen auf internationaler Gewerkschaftsebene vertreten (BHI, BI, IAEA, IJF, IndustriALL, ITF, IUL, IÖD und UNI) sowie aus dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD.

überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, dass bei sämtlichen Tätigkeiten die internationalen Arbeitsnormen eingehalten werden. Sie schlägt der Weltbank die Annahme eines Aktionsplans für die Ausdehnung von Sozialschutz in Entwicklungsländern vor. Diese Erklärung enthält außerdem Vorschläge für Maßnahmen, die IWF und Weltbank ergreifen sollten, um dabei zu helfen, einen privaten Finanzsektor aufzubauen, der die Realwirtschaft unterstützt, und für Schritte, mit denen die IFIs in möglichst vielen Ländern die koordinierte Annahme und Umsetzung einer Besteuerung von Finanztransaktionen unterstützen können.

Anhaltende Krise und Stagnation in Europa

4. Seit September 2011 hat der IWF insgesamt fünf Mal seine vierteljährlich erscheinende globale Wachstumsprognose für die folgenden zwei Jahre gesenkt. In den meisten Fällen waren die Korrekturen nach unten in erster Linie dadurch bedingt, dass die Rückgänge in Europa stärker waren als vorhergesagt. Das Eingeständnis des Chefökonomens bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober 2012, dass bei den Prognosemodellen des IWF die fiskalischen Multiplikatoren und somit das Ausmaß der Auswirkungen der Konsolidierungsprogramme zu niedrig eingeschätzt worden seien, bestätigte das, was Global Unions und andere Kritiker der Austeritätspolitik seit 2010 sagen.

5. Der Schwenk hin zur Sparpolitik im Jahr 2010, nur wenige Monate nach der schlimmsten Wirtschaftskrise in acht Jahrzehnten, war angesichts der Ausmaße von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nicht sinnvoll, angesichts der Zerbrechlichkeit der globalen Wirtschaft und letzten Endes im Hinblick auf das Ziel einer Senkung der öffentlichen Verschuldung auch kontraproduktiv. In zahlreichen Fällen entstanden Schulden durch die Übertragung von Verbindlichkeiten von privaten Unternehmen auf öffentliche Haushalte. Die Maßnahmen zum Defizitabbau, die als Darlehensbedingungen auferlegt oder als strategische Beratung von der "Troika" aus IWF, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank in mehreren europäischen Krisenländern empfohlen wurden, haben die Spirale der wirtschaftlichen Talfahrt noch intensiviert, wodurch das Gewicht der Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zugenommen hat.

6. Nach zwei Jahren des positiven Wachstums in der gesamten Eurozone 2010-2011 wurde das Wachstum im Jahr 2012 wieder negativ und soll laut Vorhersage des IWF auch im Jahr 2013 erneut leicht negativ sein. In einigen Ländern der „Euroland-Peripherie“ soll der Rückgang des BIP in diesem Jahr mehrere Prozentpunkte betragen. Einige Länder befinden sich in einer mehrjährigen Wirtschaftsflaute. Es wird zum Beispiel erwartet, dass in Griechenland das BIP im sechsten Jahr in Folge schrumpfen wird. Mittlerweile ist in Griechenland und Spanien mehr als ein Viertel der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit. Bei Jugendlichen ist diese Zahl doppelt so hoch. Auch in den meisten anderen Volkswirtschaften der Eurozone steigt die Arbeitslosenquote.

7. Zu den wichtigsten Schwerpunktbereichen bei den Darlehensbedingungen und strategischen Empfehlungen des IWF in Europa gehören die Arbeitsmarktvorschriften und -institutionen. Wirtschaftliche Untersuchungen belegen, dass Arbeitsmarktvorschriften Arbeitnehmer schützen und eine weniger ungleiche Einkommensverteilung erreichen können und sich auf bestehende Arbeitsplätze

allgemein nur "geringfügig oder moderat" auswirken.² Eigene Studien des IWF räumen ein, dass in den europäischen Ländern Arbeitsmarktvorschriften ein nicht annähernd so großes Wachstumshindernis darstellen wie bestimmte Faktoren wie etwa Mängel in Rechtssystemen, Infrastruktur, Bildung und Ausbildung, Gütermärkten, Finanzmärkten und Technologie. Sie kommen auch zu dem Schluss, dass die Durchführung von deregulierenden Arbeitsmarktreformen ohne ein Ankurbeln der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Arbeitslosigkeit noch verschlimmern kann.³

8. In mehreren europäischen Ländern war jedoch die Reform von Arbeitsmarktbestimmungen und -institutionen ein wichtiger Bestandteil der IWF-Darlehensprogramme bzw. – für nicht-kreditnehmende Länder – eine strategische Empfehlung.⁴ Zu den Empfehlungen oder Auflagen gehörte u. a. eine Senkung bzw. Einfrierung der Mindestlöhne, die Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Verringerung von Abfindungszahlungen sowie die Schwächung oder der Abbau von Tarifregelungen auf nationaler und sektoraler Ebene. Solche Maßnahmen drücken die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und führen fast unmittelbar zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Außerdem schwächen sie die Mechanismen des sozialen Dialogs und gefährden dadurch die Möglichkeiten für die Annahme von konsensgetragenen Maßnahmen zur Unterstützung der Erholung oder Abmilderung der Auswirkungen von wirtschaftlichem Abschwung, wie z.B. die weit verbreitete Nutzung von Arbeitszeitregelungen in Deutschland oder andere Arten von beschäftigungsfördernden Maßnahmen in den nordischen Ländern.

9. Die Förderung und Unterstützung eines Programms für den Wirtschaftsaufschwung in Europa durch den IWF ist dringend notwendig. Die mit der Weltwirtschaftskrise vergleichbaren Arbeitslosenzahlen in mehreren europäischen Staaten erfordern eine dringende und massive Reaktion seitens des IWF und der Institutionen der Europäischen Union. **Der IWF und seine Troika-Partner sollten über einen längeren Zeitraum finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen und die zerstörerische Sparpolitik, der die Länder unterworfen worden sind, beenden. Der IWF und seine Troika-Partner sollten die Bemühungen der Länder unterstützen, beschäftigungsintensive Konjunkturstrategien zu finanzieren, diejenigen Arbeitnehmer zu schützen, die vom Abschwung betroffen sind, und die wachsende Ungleichheit zu bekämpfen, anstatt arbeitsrechtliche Bestimmungen und Sozialschutz einzuschränken und Tarifverhandlungsmechanismen zu schwächen oder abzubauen. Der IWF sollte den sozialen Dialog in den von der Krise betroffenen Ländern entschieden unterstützen und dabei die Bedeutung eines pluralistischen Dialogs für die auf die Krise folgende Konjunkturerholung anerkennen.**

Neue IFI-Programme im Nahen Osten und Nordafrika

10. Wie bereits vorher in der Region mit dem Irak wurden im letzten Jahr mit Jordanien und Marokko IWF-Kreditvereinbarungen getroffen. Verhandlungen um neue IWF-Darlehen

² Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2013: Jobs, Oktober 2012, S. 261

³ Barkbu et al, "Fostering Growth in Europe Now", IWF Arbeitspapier, Juni 2012

⁴ Vgl. IGB, "Involvement of the International Monetary Fund in labour market reforms in European countries", Februar 2013

laufen derzeit mit Ägypten und Tunesien. Darüber hinaus hat die Weltbank neue Initiativen in der Region entwickelt und neue Vereinbarungen geschlossen, mit denen Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft und Sozialschutz gefördert werden sollen. Aufgrund eines offensichtlich fehlenden Konsenses bezüglich der langfristigen Entwicklungsstrategien hat die Bank jedoch in mehreren Ländern der Region ihr finanzielles Engagement zurückgefahren. Probleme wie u. a. die steigende Arbeitslosigkeit insbesondere bei Jugendlichen, unzulängliche Sozialschutzprogramme, nicht bedarfsgerechte öffentliche Leistungen und eine langjährige Praxis von Unterdrückung und Korruption stellen die Bevölkerungen in der Region vor immense Herausforderungen.

11. Besonders komplex sind die Herausforderungen der IFIs in der Region Naher Osten und Nordafrika deshalb, weil deren frühere Politik zugunsten von Privatisierung und Zurückdrängung des Staates teilweise assoziiert wurde mit Korruption und den Ungerechtigkeiten vor der Zeit der tiefgreifenden politischen Veränderungen, die im Jahr 2011 einsetzten. Häufig billigten IWF und Weltbank eine Politik und Praxis, die für die Arbeitnehmer und normalen Bürger in den jeweiligen Ländern einer unrechtmäßigen Befürwortung ihrer "kleptokratischen" Regimes gleichkamen. Als Beispiel kann genannt werden, dass die Weltbank in ihrer Veröffentlichung *Doing Business 2009* Ägypten wegen dessen wirtschaftsfreundlicher Politik zu den "Top-Ten-Reformern" der Welt zählte, und das Direktorium des IWF das frühere Regime in Libyen Anfang 2011 für dessen „Fortschritte bei der Stärkung des privaten Sektors“ und seine „ehrgeizige Reformagenda“ lobte (IWF, **Öffentliche Informationsmitteilung Nr. 11/23**).

12. Bei den Verhandlungen über neue Kredite in der Region Naher Osten und Nordafrika war ein wichtiger Schwerpunkt des IWF die Abschaffung oder Senkung von Subventionen auf Benzinpreise, ausgehend von der Überlegung, dass diese in einigen Ländern eine große Haushaltsbelastung darstellen und eine rückläufige Umverteilungswirkung haben. Die Kürzung von Subventionen auf Brennstoffe kann für Umwelt, Klimaschutz und Gesellschaft förderlich sein, sollte jedoch von Maßnahmen begleitet werden, mit denen ein Zugang zu umweltfreundlicher Energie entwickelt und einkommensschwächere Haushalte für ihre Realeinkommensverluste entschädigt werden können. Die Gewerkschaften haben bereits darauf hingewiesen, dass sich **die Kürzung von Energiesubventionen auf Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen unmittelbar negativ auswirken kann, falls keine angemessenen und wirksamen Abmilderungsstrategien vorhanden sind, bevor eine Änderung der Subventionen zu Preiserhöhungen führt.**

13. Der IWF sollte die Einführung von Programmen in den Ländern der Region Naher Osten und Nordafrika unterstützen, die die öffentlichen Leistungen und soziale Sicherungsmaßnahmen ausdehnen, einschließlich von Cash-Transferprogrammen mit gleichem Zugang für Männer und Frauen; die Hilfe leisten bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; die die häufig sehr niedrigen Mindestlöhne anheben; die Maßnahmen zur Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles ergreifen und den Schutz des Rechts von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sich gewerkschaftlich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen, verbessern. Angesichts des Erbes von Ausgrenzung und der verweigerten Rechten, die in den Ländern der Region vorherrschten, sollte eine solche Politik von den IFIs als absolute Priorität betrachtet werden.

Die Überprüfung der Politik der IFI durch die „Beschäftigungsbrille“

14. Eine wichtige Feststellung des *Weltentwicklungsberichts 2013: Jobs* (WDR 2013) der Weltbank war die Erkenntnis der zentralen Bedeutung von Arbeitsergebnissen für die Entwicklung, aus der die Empfehlung entstanden ist, dass Entwicklungsstrategien durch die „Beschäftigungsbrille“ überprüft werden sollen. Der Bericht betonte auch nachdrücklich, dass jegliche Beschäftigung die durch die Kernarbeitsnormen⁵ der Internationalen Arbeitsorganisation gewährleisteten Rechte beachten und durch einen verbesserten Zugang zu Sozialschutz flankiert werden muss.

15. Eine weitere wichtige Erkenntnis des *Weltentwicklungsberichts 2013* der Weltbank war, dass - im Gegensatz zu dem, was im *Doing Business*-Bericht der Weltbank und in einigen IWF-Publikationen propagiert wurde - die lange Zeit betriebene Fixierung der IFIs auf Arbeitsmarktregulierung als größtes Wachstumshindernis nicht empirisch belegt sei:

“Neue Daten und eine strikere Methodik haben in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer Welle von empirischen Untersuchungen über die Auswirkungen von Arbeitsmarktregulierung geführt... Auf der Grundlage dieser großen Zahl von neuen Untersuchungen ist die Auswirkung von Beschäftigungsschutzvorschriften und Mindestlöhnen insgesamt geringer als die Intensität der darüber geführten Debatte vermuten lassen würde. Die meisten Schätzungen der Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau sind tendenziell unbedeutend bzw. geringfügig.“ (*Weltentwicklungsbericht 2013*, S. 261)

16. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, Arbeitsmärkte zu deregulieren, unter dem irrtümlichen Vorwand, dass solche Politiken wachstumsfördernd sind, **sollte der IWF beachten:**

- **Haushaltskonsolidierungspläne sollen so abgeändert werden, dass eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation vermieden wird, insbesondere angesichts der Erkenntnis des IWF, dass dieser während der Rezessionen die fiskalischen Multiplikatoren zu niedrig eingeschätzt hatte.** Die Konsolidierung sollte verschoben bzw. deren Tempo gedrosselt werden und die finanzielle Unterstützung des IWF sollte bei Bedarf über eine längere Zeit hinweg gewährt werden, bis eine nachhaltige Konjunkturerholung eingeleitet ist.
- **Um eine mittelfristige Senkung der Haushaltsdefizite zu erreichen, sollte verstärkt auf einkommenserzeugende Maßnahmen gesetzt werden,**

⁵ Die Kernarbeitsnormen sind international vereinbarte grundlegende Menschenrechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet des Entwicklungsstandes ihrer Länder, die in nachstehenden IAO-Übereinkommen definiert werden. Diese Übereinkommen beziehen sich auf die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen (IAO-Übereinkommen 87 und 98); die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (IAO-Übereinkommen 100 und 111); die Beseitigung sämtlicher Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit (IAO-Übereinkommen 29 und 105) und die wirksame Abschaffung von Kinderarbeit einschließlich ihrer schlimmsten Formen (IAO-Übereinkommen 138 und 182).

anstatt wie in den bisherigen Haushaltskonsolidierungsplänen vor allem auf Ausgabenkürzungen. Eine hauptsächlich durch Ausgabenkürzungen bewirkte Defizitsenkung führt zu mehr Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit und bürdet Unterstützungsempfängern von sozialen Programmen - vor allem Frauen sowie den Beschäftigten im öffentlichen Dienst - unverhältnismäßig hohe Kosten auf.

- **Wenn zusätzliche Steuereinnahmen für den mittelfristigen Defizitabbau benötigt werden, sollten die einzelnen Länder dazu ermutigt werden, ihre Defizite mit steuerlichen Maßnahmen zu reduzieren, die die geringsten Auswirkungen auf die Beschäftigungslage haben und die dazu beitragen, Einkommensungleichheiten abzubauen.** Bevorzugte steuerliche Maßnahmen sollten etwa der Ersatz von *"Einheitssteuern"* durch progressive Einkommenssteuern, Kohlenstoffsteuern, Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht und zur Formalisierung von Aktivitäten in der informellen Wirtschaft sowie Finanztransaktionssteuern sein.
- **Verpflichtung zu mehr Zusammenarbeit mit der IAO bei der Entwicklung von Entwicklungsstrategien** mit dem Schwerpunkt auf Beschäftigung, im Nachgang zu drei Pilotprojekten in Bulgarien, der Dominikanischen Republik und Sambia. Die Erfahrungen aus den drei Pilotprojekten sollten genutzt werden durch die Anwendung der wichtigsten Erkenntnisse für beschäftigungsintensives Wachstum in Länderprogrammen und bei strategischen Empfehlungen, wie etwa die Modernisierung der Industrie und Diversifizierung sowie eine gemeinsame Arbeit zu diesem Thema in anderen Ländern.

17. **Die Weltbank sollte** ebenfalls Abstand nehmen von dem Ansatz, den Arbeitnehmerschutz in der irrigen Überzeugung zu schwächen, dass sich damit das Investitionsumfeld verbessern ließe. Stattdessen sollte die Weltbank:

- **Die Länder dazu ermutigen, ihre öffentlichen Investitionen in wichtigen Wachstumsbereichen zu erhöhen und vor allem die Bedeutung von Investitionen in die "grüne Wirtschaft" und in klimabezogenen Bereichen anzuerkennen, sowohl aus Umweltschutzgründen als auch wegen ihres Beschäftigungspotenzials.** Die Weltbank sollte globale Bemühungen um einen gerechten Übergang für die Beschäftigten auf dem Weg zu einer ökologischen Wirtschaft unterstützen und dabei die Schlussfolgerungen der wichtigsten von ihr veröffentlichten Berichte über die Folgen der globalen Erwärmung und die notwendigen Reaktionen darauf umsetzen, insbesondere angesichts der Erkenntnisse der Berichte, dass Menschen mit niedrigem Einkommen am stärksten betroffen sein werden.⁶
- **Dem Schutz, der Förderung und der Finanzierung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen, wie etwa im Gesundheits- und Bildungswesen, besondere Aufmerksamkeit schenken.** Weniger öffentliche Ausgaben für Bildung und Ausbildung laufen gegen das Millenniumsentwicklungsziel der Bildung für alle. Dadurch dass zahlreiche

⁶ *Grünes Wachstum für alle* und *Die Hitze senken* (Weltbank 2012)

Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit unzureichender und unangemessener Bildung zurückgelassen werden, wird so eine langfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung behindert. Durch eine Senkung der Gesundheitsausgaben werden die weltweiten Bemühungen, das Auftreten von Infektionskrankheiten einzudämmen und das Erlangen des Zugangs zu Verhütung und Behandlung von HIV/AIDS wesentlich erschwert.

- **Die politischen Schlussfolgerungen des *Weltentwicklungsberichts 2013* umsetzen und Investitionen "durch die Beschäftigungsbrille" überprüfen, um sicherzustellen, dass die finanziellen Ressourcen der Bank richtig verwendet werden, damit eine größtmögliche Zahl von menschenwürdigen Arbeitsplätzen geschaffen werden kann.** Dies sollte zum Beispiel zu einer Überprüfung von bestimmten Investitionen der Weltbankgruppe in extraktiven Industrien führen, die eine effektive Negativwirkung auf die Beschäftigung haben können. Im Finanzsektor soll damit sichergestellt werden, dass diese Institutionen statt spekulativer Transaktionen Investitionen in der Realwirtschaft tätigen.

Notwendig: ein Aktionsplan der Weltbank für Sozialschutz

18. Global Unions halten die Einführung der Initiative der Vereinten Nationen für einen einheitlichen sozialen Basisschutz für eine entscheidende Voraussetzung für die weltweite Bemühung um einen Abbau der Ungleichheiten und die Bekämpfung von Armut. Ein verbesserter Zugang zu sozialem Schutz scheint auch der grundlegenden Aufgabe der Weltbank zu Bekämpfung von Armut eigen zu sein: eine umfassende, ganzheitliche Betrachtung von sozialem Schutz muss ein wesentlicher Bestandteil jeder ausgewogenen Entwicklungsstrategie sein. Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern, UN-Agenturen und der G20 haben die Gewerkschaften die Weltbank und den IWF dazu aufgerufen, das Ziel der Einführung eines sozialen Basisschutzes in allen Ländern mit zu unterstützen.

19. Wir stellen fest, dass die *Africa Social Protection Strategy 2012-2022* der Weltbank willkommene Formulierungen enthält im Hinblick auf die Notwendigkeit, fragmentierte und sich überschneidende soziale Schutzsysteme zu vermeiden. Dies war auch bei der allgemeinen *Social Protection and Labor Strategy 2012-2022* der Weltbank der Fall. In dieser letztgenannte Strategie war die Rede davon, dass die Bank als „strategischer Partner“ bei der Initiative für sozialen Basisschutz fungieren werde. Allerdings ist es wichtig, dass die Bank diesen rhetorischen Verpflichtungen Taten folgen lässt, tatsächlich ein fragmentiertes Vorgehen beim Sozialschutz vermeidet, mit dem auch mittel- und langfristig ein erheblicher Teil der Bevölkerung eines Landes der Armut überlassen würde.

20. Weder die Afrika-Strategie der Weltbank noch die allgemeine Strategie für Sozialschutz schlägt konkrete Aktionspläne vor, die zeigen würden, dass die Bank tatsächlich einen Dialog mit Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen einschließlich der Gewerkschaften beabsichtigt, in der Frage, wie und auf wen der Schutz ausgedehnt wird bzw. welche Zielvorgaben und Fristen für welche Arten von Schutz gelten sollen. Wir glauben, dass ein solcher Plan entscheidend ist, um zu zeigen,

dass die Bank in Ländern mit geringem Einkommen und anderen Entwicklungsländern schwerpunktmäßig tätig und verantwortlich ist, spürbare Ergebnisse für alle zu erzielen.

21. Ein wichtiges Thema, das in den Programmen der Bank verstärkte Aufmerksamkeit erfordert, ist die andauernde Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in anderen Bereichen, wie der *Weltentwicklungsbericht 2012: Gleichberechtigung der Geschlechter und Entwicklung* belegte. Strukturelle Ungleichheiten müssen bekämpft werden mit einem Konzept, das die Bedeutung von menschenwürdiger Arbeit für Frauen betont; arbeitsrechtliche Vorschriften sollen auch auf Sektoren mit hohem Frauenanteil ausgedehnt werden; die Einbeziehung von frühkindlicher Bildung und Betreuung in Gleichstellungsstrategien; die Einführung einer sozialen Grundsicherung, die besonders Frauen zugutekommt; verbesserter Zugang zu und Teilhabe an Bildung und Ausbildung für Frauen- und Mädchen; mehr öffentliche Investitionen in die Basisgesundheitsversorgung einschließlich der gesundheitlichen Versorgung von Müttern und der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung sowie bessere Maßnahmen für den Mutterschutz. Die Bank sollte den Ländern beim Festsetzen von Gleichstellungszielen helfen, nicht nur im Hinblick auf den Zugang für Frauen, sondern auch auf konkrete Ergebnisse.

22. Die jüngsten Aktivitäten der Bank im Bereich Wissensaustausch und Untersuchung guter Praxisbeispiele im Zusammenhang mit Sozialschutz sind positive Initiativen. Weitergehende Maßnahmen erfordern jedoch konkrete Zusagen der Länderbüros der Weltbank bezüglich ihrer Bereitschaft zum Dialog mit den Regierungen, der Zivilgesellschaft und der IAO sowie Mittelbindungen u. a. für die analytische Arbeit, die notwendig ist, um die Ausdehnung des Sozialschutzes in nationale Planungsprozesse einzubinden. **Wir ersuchen die für die regionalen Einheiten verantwortlichen oberen Führungsebenen der Weltbank nachdrücklich, öffentlich zu machen, welche Vorgehensweise sie bei der Ausdehnung des Sozialschutzes insbesondere in Bezug auf die Geltungsbereiche beabsichtigen, so dass dabei fragmentierte verbleibende Systeme in Entwicklungsländern vermieden werden.**

23. Der IWF und die IAO haben kürzlich in drei Ländern (El Salvador, Mosambik und Vietnam) eine gemeinsame Untersuchung durchgeführt. Dabei sind sie auf fiskalische Probleme im Zusammenhang mit der dauerhaften Einführung einer sozialen Grundsicherung eingegangen. Dieses Gemeinschaftsprojekt erbrachte wichtige Erkenntnisse bezüglich der Finanzierung von Sozialschutzsystemen und der Integration des Sozialschutzes in nationale Planungsprozesse. **Wir fordern den IWF nachdrücklich dazu auf, gemeinsam mit der IAO daran zu arbeiten, in den Ländern, für die bereits Vorschläge entwickelt worden sind, eine soziale Grundsicherung einzuführen, und im Einklang mit den genannten Zielen des IWF bezüglich der Beschäftigung mit Ungleichheit und Verteilungsfragen die gemeinsame Arbeit über die Finanzierung von sozialer Grundsicherung auf weitere Länder auszudehnen.**

Der Schutz von Arbeitnehmerrechten bei den Tätigkeiten der IFIs

24. Im Jahr 2012 betonten die beiden Weltbankberichte *Social Protection and Labor Strategy* und der *Weltentwicklungsbericht 2013: Jobs* nachdrücklich die Bedeutung der

Kernarbeitsnormen für die Entwicklung.⁷ Diese Normen sind die Grundlage gut funktionierender Arbeitsmärkte und wirksamer Arbeitsbeziehungssysteme, die produktive Arbeit und faire Löhne ermöglichen. Zusammen mit anderen internationalen Arbeitsnormen, beispielsweise im Bereich Arbeitsschutz, sind diese von zentraler Bedeutung für eine gerechte Einkommensverteilung und den Auftrag der Weltbank, die Armut zu bekämpfen. **Neben der wichtigen Rolle, die die Bank bei der Förderung der internationalen Arbeitsnormen spielen kann, besteht ihr wirksamster Beitrag darin, dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Aktivitäten diesen Normen entsprechen.**

25. Die für die Kreditvergabe an den privaten Sektor zuständige Weltbankeinrichtung IFC (International Finance Corporation) verlangt seit 2006 von ihren Kunden, dass sie im Rahmen ihrer sozialen und ökologischen Leistungsnormen die Kernarbeitsnormen und andere internationale Arbeitsnormen einhalten. Auch die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) der Bank wendet sie an. Die überarbeiteten Leistungsnormen der IFC, die 2012 in Kraft traten, bekräftigten, dass kreditnehmende Unternehmen die Kernarbeitsnormen einhalten müssen und weisen einige andere Auflagen hinsichtlich grundlegender Arbeitsbedingungen, wie etwa Arbeitsschutz und Recht auf Unterrichtung der Beschäftigten, aus. Eine starke Mehrheit großer Privatbanken, die Kredite für Entwicklungsprojekte vergeben und als Äquator-Banken bekannt sind, haben dieselben Normen als Richtlinien angenommen.

26. Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken haben zudem 2010 gemeinsame Klauseln bezüglich der internationalen Kernarbeitsnormen in ihre harmonisierten Ausschreibungsdokumente aufgenommen, die für Kredite der multilateralen Entwicklungsbanken für große Bauvorhaben verwendet werden. Die Weltbank hat jedoch bisher keine Maßnahmen ergriffen, um die Einhaltung dieser Klauseln zu gewährleisten, und sie gelten nicht für kleinere Bauvorhaben oder für Projekte außerhalb des Baugewerbes, die von den anderen Kredit- und Subventionen vergebenden Weltbankeinrichtungen (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - IBRD, und Internationale Entwicklungsorganisation - IDA) finanziert werden.

27. In einem 2010 veröffentlichten Bericht hat die unabhängige Evaluierungsgruppe der Weltbank (IEG) die inkonsequenten Praktiken innerhalb der Weltbankgruppe in diesem Zusammenhang unterstrichen: "Die thematische Berücksichtigung der [IFC-] Leistungsnormen ist relevanter für die Investitionsprojekte der Weltbankgruppe als die Maßnahmen in den derzeitigen Sicherheitsklauseln, was auf die Hinzufügung ausdrücklicher Bestimmungen zu arbeits- und gesellschaftsbezogenen Auswirkungen sowie zur Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen zurückgeht ... Es gibt keinen ersichtlichen Grund für die Annahme, dass gesellschafts- und arbeitsbezogene Auswirkungen nicht relevant für das Portfolio der Bank sind." **Um die von der bankeigenen Evaluierungsgruppe hervorgehobenen Unklarheiten und Widersprüche in den Bestimmungen hinsichtlich der Kernarbeitsnormen und deren Anwendung aus dem Weg zu räumen, muss die Weltbank ihre sozialen und ökologischen Sicherheitsklauseln aktualisieren, um sicherzustellen, dass all ihre Einrichtungen international vereinbarte Arbeitnehmerrechte respektieren.**

⁷Siehe Fußnote 5

28. Die Überprüfung der Sicherheitsklauseln der Weltbank, die im Jahr 2014 abgeschlossen sein soll, sollte eine Klausel bezüglich der Arbeitsnormen beinhalten. Wir stellen fest, dass das Konzeptpapier der Weltbank für die Überarbeitung ihrer Sicherheitsklauseln die Themen Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz als "neue", von der Weltbank zu berücksichtigende Bereiche enthält. Es sollte die Einhaltung der Kernarbeitsnormen verlangt und vorgesehen werden, dass die in den Leistungsnormen der IFC enthaltenen Auflagen bezüglich anderer grundlegender Arbeitsbedingungen (Unterrichtung der Arbeitnehmer/innen über Beschäftigungsbedingungen, Sparmaßnahmen, Beschwerdeverfahren, Arbeitsschutznormen und Normen in der Lieferkette) entsprechend angepasst werden.⁸

29. Der IWF sollte außerdem darauf achten, dass seine Darlehensbedingungen und strategischen Empfehlungen internationalen Arbeitsnormen entsprechen. Wie ein kürzlich veröffentlichter IGB-Bericht zeigt, war der IWF insbesondere in europäischen Ländern maßgeblich in Arbeitsmarktthemen eingebunden.⁹ Offenbar empfahl der IWF einzelnen Regierungen, gegen von diesen Ländern ratifizierte IAO-Übereinkommen zu verstoßen. In einigen Fällen führte die Anwendung dieser Empfehlungen zu einer drastischen Abnahme der Zahl der von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. **Jeder vom IWF im Zusammenhang mit der Änderung von arbeitsrechtlichen Vorschriften erteilte Ratschlag sollte von der für Arbeitsnormen und ihre Anwendung verantwortlichen, anerkannten internationalen Institution, der IAO, überarbeitet und geprüft werden sowie dem jeweiligen dreigliedrigen Dialog auf nationaler Ebene vorgelegt werden.**

Der Aufbau eines Finanzsektors, der die Realwirtschaft unterstützt

30. Da ein stabiles Finanzsystem eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplatzbeschaffung ist, tragen die IFIs bei der Reform des internationalen Finanzsystems die größte Verantwortung. Durch ihre Finanzintermediation zwischen den verschiedenen Wirtschaftsakteuren bzw. ihr eigentliches Kreditgewerbe spielen Banken eine entscheidende Rolle. Die Finanzmärkte neigen jedoch dazu, systemische Marktversagens-Risiken zu schaffen, indem sie eher auf kurz- und mittelfristige Risikobereitschaft setzen statt auf langfristige Anlagestrategien. Die jüngste Finanzkrise hat eindeutig gezeigt, dass die Funktion des eigentlichen Bankgewerbes durch spekulatives Investmentbanking beiseite gedrängt worden ist - zum Schaden von Bankkunden, Angestellten und der Wirtschaft insgesamt. Im Interesse des Aufbaus einer nachhaltigen Wirtschaft, die den langfristigen Bedürfnissen der Menschen nachkommt, muss dieser Trend umgekehrt werden.

31. Die größten Privatbanken machen nach wie vor Rekordgewinne und streichen gleichzeitig Zehntausende von Stellen. Die Erwartungen des Finanzsektors sind unrealistisch, wenn sie nach einer Eigenkapitalrendite streben, die doppelt so hoch ist vor drei Jahrzehnten. Die IFIs müssen ihren Einfluss und ihre Macht dazu verwenden,

⁸IGB, Labour Standards in World Bank Group Lending: Lessons Learned and Next Steps, November 2011

⁹ Vgl. IGB, "Involvement of the International Monetary Fund in labour market reforms in European countries", Februar 2013

die Privatbanken dazu zu zwingen, ihre Rentabilitätsziele zu senken und in reale Arbeitsplätze zu investieren. **Bei ihren Konjunkturprogrammen sollten die Weltbank und der IWF strenge Auflagen anwenden, wenn damit Finanzinstitute gerettet werden sollen, die nur mittels hoch spekulativer Risiken und der Entlassung zahlreicher Angestellten zu exorbitanten Gewinnspannen zurückkehren möchten. Dort, wo die IFIs, etwa durch das IFC, einzelne Geschäftsbanken finanziell unterstützen, sollte denjenigen Banken Priorität eingeräumt werden, die ihr Kapital in der Realwirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen anlegen, statt auf spekulative Investitionen zu setzen.**

32. Sowohl als Mitgliedsorganisationen des Finanzstabilitätsrats (FSB) als auch als eigenständige Organisationen müssen die IFIs den Druck erhöhen, damit das globale Finanzsystem angemessen reguliert wird, bevor eine neue Krise auftritt. Folgende Maßnahmen sollten dabei enthalten sein:

- **die Inkraftsetzung von Regeln und Verfahren zur Umstrukturierung von Finanzinstituten, die zu groß zum Scheitern sind, was die reale und unmittelbare Gefahr für die öffentlichen Finanzen verringern würde;**
- **die Begrenzung der Boni und anderer unverantwortlicher und exzessiver Vergütungspläne im Finanzsektor sowie der umfassenden Einbeziehung der Arbeitnehmervertreter in die Konzipierung und Inkraftsetzung einer auf angemessenen Anreizen basierenden Vergütungsstruktur;**
- **die Einführung strenger Kontrollen über Schattenfinanz, Hedge-Fonds und private Beteiligungsfirmen (Private-Equity-Firmen);**
- **die obligatorische Verlagerung sämtlicher Formen des Handels mit Derivaten an geregelte Börsen und Einschränkungen in Bezug auf kurzfristige Handelsstrategien, einschließlich eines permanenten Verbots ungedeckter Leerverkäufe;**
- **die Einführung von Missbrauch bekämpfenden Maßnahmen, die sicherstellen, dass die durch spekulative Anlagen bedingten Passiva nicht das Funktionieren des eigentlichen Kreditgewerbes derselben Institution beeinträchtigen;**
- **die Beseitigung gebräuchlicher Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungsmechanismen, einschließlich des Transfer-Pricings, der steuerlichen Arbitrage sowie der Steuer- und Regulierungssoasen;**
- **eine strenge Regulierung von Ratingagenturen, um die derzeitige Oligopolsituation zu beenden und Interessenkonflikte zu begrenzen;**
- **ein finanzieller Schutz für die Verbraucher vor aggressiven Kreditvergaben und anderen missbräuchlichen Finanzpraktiken sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Arbeitnehmer/innen an den Überwachungsverfahren sowie die Einführung eines Schutzes für Informanten, die Missstände anprangern;**
- **die Förderung von Finanzdienstleistungen, die der Realwirtschaft dienen, u. a. durch Genossenschaftsbanken, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentliche Finanzdienstleistungen.**

33. Eine Finanztransaktionssteuer (FTS), die derzeit bereits in mehreren Ländern verabschiedet wird, würde erheblich zur Begrenzung des kurzfristigen spekulativen Handels, einschließlich des Hochfrequenzhandels, beitragen. Die einschlägigen Studien des IWF, von UN-Einrichtungen und Institutionen der Europäischen Union bestätigten sowohl die Machbarkeit als auch das Einnahmepotenzial der FTS und kommen zu dem Schluss, dass die Wirksamkeit der Steuer durch eine internationale Koordination verbessert würde. Ein wichtiger Schritt erfolgte im Januar 2013, als die EU-Finanzminister einer Initiative von elf Mitgliedsstaaten, die zusammen zwei Drittel des BIP der EU erwirtschaften, der Einführung einer gemeinschaftlichen Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer "verstärkten Zusammenarbeit" grünes Licht gaben. **Angesichts der zunehmenden weltweiten Befürwortung einer FTS zur Finanzierung beschäftigungsintensiver Konjunkturprogramme und öffentlicher Dienstleistungen sowie der Entwicklungs- und Klimaschutzziele, sollten der IWF, die Weltbank und der FSB Unterstützung bei der internationalen Koordination der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in so vielen Ländern wie möglich anbieten.**

FLT-KK - 27-03-13